



informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt
 Nummer 49 | Sommer 2015

Antimuslimischer Rassismus

- Seite 3:** Vor Gericht: Keine Gerechtigkeit nach rassistischem Angriff in Bernburg
- Seite 4:** Vor Ort: Rassistische Mobilisierungen in Sachsen-Anhalt
- Seite 6:** Interview mit Moawia Al-Hamid, Vorsitzender der Islamischen Gemeinde Magdeburg, über Diskriminierung im Alltag und Flüchtlingshilfe
- Seite 9:** Antimuslimischer Rassismus – Gastbeitrag von Iman Attia, Professorin für Diversity Studies an der Alice Salomon Hochschule Berlin
- Seite 12:** Lesetipps: Broschüren zu antimuslimischem Rassismus
 Filmtipp: „Angst habe ich keine“

▶ beraten ◀ ▲ unterstützen ▲ intervenieren ▶▶

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Freundinnen und Freunde,

im ersten Halbjahr 2015 hat sich die Zahl der Angriffe auf Flüchtlingsheime im Vergleich zum Vorjahreszeitraum vervierfacht (siehe S. 4). Damit setzt sich auch in Sachsen-Anhalt eine Entwicklung fort, vor der die Mobile Opferberatung gemeinsam mit allen anderen unabhängigen Opferberatungsstellen schon zu Beginn dieses Jahres gewarnt hatte. Ein öffentlicher und medialer Diskurs, in dem politisch Verantwortliche einen vermeintlichen „Asylmissbrauch“ herbeireden und Geflüchtete als Bedrohung stigmatisieren ist – wie schon in den 1990er Jahren – untrennbar mit einem Anstieg politisch rechts motivierter Gewalt verbunden. Analog dazu wird derzeit auch das Asylrecht noch weiter ausgehöhlt: Am 2. Juli wurde das Gesetz zur Neubestimmung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung verabschiedet. Damit wurden neben einigen Verbesserungen im Bleiberecht gleichzeitig rechtliche Möglichkeiten geschaffen, noch rigorosere gegen neu eingereiste Asylsuchende vorzugehen und schneller Abschiebehaft anzuordnen. Hinzu kommt die aktuelle, extrem stigmatisierende Debatte um Leistungs- und Verfahrenskürzungen für Roma aus Südosteuropa. ■ Eher weniger im Fokus öffentlicher Aufmerksamkeit steht dagegen die Zunahme von antimuslimischem Rassismus, wie sie der Vorsitzende der Islamischen Gemeinde in Magdeburg im Interview ab S. 6 beschreibt. Um das Problembewusstsein dafür zu erhöhen, haben wir das Thema zum Schwerpunkt dieser Ausgabe gemacht. ■ Seit fast zwei Jahren begleiten und unterstützen wir Abdurrahman E. und seine Lebensgefährtin aus Bernburg. Gemeinsam mit ihm hatten wir große Hoffnungen in den Bundesgerichtshof gesetzt, der – was sehr selten vorkommt – eine mündliche Anhörung im Revisionsverfahren um die Freisprüche für fünf der erstinstanzlich angeklagten Neonazis anberaumt hatte. Umso entsetzter sind wir darüber, dass der 4. Strafsenat des BGH die Anfangsphase des beinahe tödlichen Angriffs als „Notwehr“ legitimiert und die Freisprüche bestätigt hat (S. 3). Damit hat das Gericht angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft und Militanz der Neonaziszene ein fatales Signal gesetzt. ■ Mit Trauer und Respekt vor seinem Lebenswerk haben wir uns von Hans-Jochen Tschiche, dem Gründer und langjährigen Vorsitzenden von Miteinander e.V. verabschiedet, der am 25. Juni im Alter von 85 Jahren gestorben ist. Wir werden ihn sehr vermissen. ■ Unser besonderer Dank gilt all denjenigen von Ihnen und Euch, die durch Spenden Abdurrahman E. und das AKW Bitterfeld unterstützt haben. Diese Form der direkten Solidarität ist für die Opfer rechter und rassistischer Gewalt ein wichtiges Zeichen, dass sie nicht alleine gelassen werden. Umso mehr hoffen wir, dass Sie und Ihr die Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt weiterhin solidarisch begleiten werdet.

Das Team der Mobilen Opferberatung

Die **informationen** der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt erscheinen vier Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die **informationen** können auch per Email bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die **informationen** bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

IMPRESSUM

Herausgeberin: Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

Erich-Weinert-Str. 30, 39104 Magdeburg

opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

www.mobile-opferberatung.de

Redaktion: Zissi Saueremann (V.i.S.d.P.), Heike Kleffner

Gestaltung: Edition Krannich Druck: Druckzuck (Halle/Saale)

Titelfotos: Fotoaktion der Kampagne für einen bundesweiten „Tag gegen antimuslimischen Rassismus“ am 1. Juli 2015, initiiert vom Rat muslimischer Studierender und Akademiker (RAMSA e.V.); www.tgamr.de



getragen von:



Miteinander

Netzwerk für Demokratie und
Weltoffenheit in Sachsen-Anhalt e.V.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

und mit Mitteln des Landes Sachsen-Anhalt



SACHSEN-ANHALT

Ministerium für
Arbeit und Soziales



SACHSEN-ANHALT

Landeszentrale
für politische Bildung

VOR RICHTER:

KEINE GERECHTIGKEIT FÜR ABDURRAHMAN E.

Mit Ohnmachtsgefühlen und Wut reagierten Abdurrahman E. und seine Lebensgefährtin auf die Entscheidung des Bundesgerichtshofs im Revisionsverfahren um den schweren rassistischen Angriff auf den Imbissbetreiber in Bernburg. Der 4. Strafsenat des BGH bestätigte am 2. Juli 2015 nach dreistündiger mündlicher Verhandlung die erstinstanzlichen Freisprüche für fünf von neun Neonazis, die mitbeteiligt waren, als zunächst Abdurrahman E.s Lebensgefährtin rassistisch beleidigt und dann der 36-Jährige vor seinem Imbiss angegriffen und lebensgefährlich verletzt wurde (vgl. Informationen Nr. 46). Mit dieser auch aus Sicht der Mobilen Opferberatung skandalösen Entscheidung ist der Bundesgerichtshof dem von rassistischen Vorurteilen und Verharmlosung von neonazistischer Gewalt geleiteten Urteil des Landgerichts Magdeburg gefolgt.

VERHARMLOSUNG VON RASSISMUS

Die Richter_innen in Magdeburg hatten im Februar 2014 vier der angeklagten Neonazis u.a. wegen versuchten Totschlags und gefährlicher Körperverletzung zu Haftstrafen zwischen fünf und acht Jahren und zwei Monaten verurteilt. Die anderen fünf Angeklagten – großteils ebenfalls einschlägig vorbestrafte, langjährige Neonaziaktivisten aus der Kameradschaftsszene im Salzlandkreis – erhielten Freisprüche. Zwar ging das Gericht auch bei ihnen davon aus, dass sie ebenfalls auf Abdurrahman E. eingetreten und -geschlagen hatten. Doch weil ein mit den Angeklagten zuvor im Zug trinkender Zeuge behauptete, E. habe sie mit einem Stock angegriffen, ging das Gericht zugunsten der Angeklagten von „Nothilfe“ aus. So hätte er nach den Beleidigungen gegen seine Lebensgefährtin mit einem Stock einem der Neonazis fuchtelnd gedroht. Die neun Neonazis hätten daraufhin „in Notwehr“ gehandelt.

Neben der Tatsache, dass die Neonazis unmittelbar nach der Tat alle in einem Raum auf dem Revier in Bernburg einsaßen und dort Absprachen treffen konnten, wurde der vermeintliche Stock nie gefunden. Zudem hatten drei weitere Zeug_innen ausgesagt, dass Abdurrahman E. unbewaffnet gewesen sei. Dass die Richter_innen dennoch davon ausgingen, Abdurrahman E. habe sich wegen der Beleidigungen gegen seine Freundin in seinem „Ehrgefühl“ verletzt gefühlt und deshalb zum Stock gegriffen, offenbart ein erschreckend stereotypes Denken und rassistische Zuschreibungen.

Abdurrahman E. hatte nach dem Urteil in Magdeburg erfolglos Rechtsmittel eingelegt, um eine Verurteilung aller Angeklagten wegen versuchten Mordes aus rassistischen Gründen zu erreichen. Denn das Landgericht Magdeburg hatte den Angriff als „spontane Tat unter Alkoholeinfluss“ verharmlost. Auch die Staatsanwaltschaft Magdeburg hatte Revision eingelegt, allerdings nur gegen die fünf Freisprüche. Diese hatte der BGH zugelassen.

5. MAI BURG (JERICHOWER LAND)

Nach einem Streit wegen Lärms dringen gegen 21:30 Uhr drei Nachbarn gewaltsam in die Wohnung einer irakischen Familie ein, bei der sich auch eine syrische Mutter mit ihrem Kind aufhält. Einer der Männer bedroht die Anwesenden und beleidigt sie mit rechten und rassistischen Sprüchen. Erst als die Betroffenen die Polizei verständigen, verlassen die Angreifer die Wohnung. Vor dem Mehrfamilienhaus skandieren zwei von ihnen mit einem Hinzugekommenen „Heil Hitler“ und zeigen den sog. Hitlergruß. Der polizeiliche Staatsschutz ermittelt wegen Verwendens verfassungsfeindlicher Kennzeichen, Volksverhetzung, Beleidigung, Bedrohung und Hausfriedensbruch gegen drei Männer im Alter von 19-, 27- und 34 Jahren sowie einen unbekanntes Mittäter.

10. MAI BITTERFELD-WOLFEN (ANHALT-BITTERFELD)

Einem Fotojournalisten, der die Mahnwache „Linksextremistischer Terror? – Bitterfeld sagt Nein!“ der Freien Nationalisten Anhalt-Bitterfeld dokumentiert, wird von einem Kundgebungs Teilnehmer die Kamera aus der Hand geschlagen. Dann schlägt ihm der Neonazi gegen den Brustkorb. Der Betroffene erstattet Anzeige wegen Körperverletzung und Sachbeschädigung. Der Staatsschutz ermittelt.

11. MAI BITTERFELD-WOLFEN (ANHALT-BITTERFELD)

Gegen 22:30 Uhr wird ein alternativer Jugendlicher am Bahnhof von mehreren Neonazis zunächst als "Zecke" beschimpft.

Danach sprühen die Angreifer dem jungen Mann Pfefferspray ins Gesicht. Der Betroffene kann flüchten.

13. MAI HALLE (SAALE)

In der Nähe des Hauptbahnhofs werden gegen 20:30 Uhr fünf Flüchtlinge vor einem Hauseingang von einem Unbekannten rassistisch beleidigt. Kurz darauf greift der Mann gemeinsam mit einem Dutzend weiterer Männer die Flüchtlinge an. Ein 27-Jähriger aus Mali wird bei dem Versuch, sich in den Hauseingang zu retten, von zwei Angreifern eingeholt, gegen Kopf und Körper geschlagen und dabei rassistisch beschimpft. Auch die anderen vier werden geschlagen und getreten. Als die von den Betroffenen alarmierte Polizei eintrifft, befinden sich noch mehrere Angreifer in unmittelbarer Tatortnähe vor bzw. in einer Kneipe. Ein Betroffener wird in Anwesenheit der Beamt_innen erneut von einem der Angreifer getreten. Die Beamt_innen fordern dennoch zuerst die Flüchtlinge auf, ihre Ausweise zu zeigen und gehen Hinweisen der Betroffenen auf die Täter nur zögerlich nach. Lediglich zwei 42- und 47-jährige Tatbeteiligte werden schließlich durch die Polizei festgestellt. Alle Betroffenen erleiden u.a. Prellungen und Hämatome. Ein Flüchtling muss ambulant im Krankenhaus behandelt werden.

VOR GERICHT KEINE GERECHTIGKEIT

„Trotz der vollkommen widersprüchlichen und zugunsten der Neonazis konstruierten Urteilsgründe des Landgerichts Magdeburg sah der 4. Strafsenat keine Veranlassung, das Urteil aufzuheben“, sagt Rechtsanwalt Sebastian Scharmer. Abdurrahman E. sei nie mit einem Stock bewaffnet gewesen, so Scharmer weiter. „Es ist auch völlig lebensfremd anzunehmen, dass ein einzelner Mensch eine Gruppe von neun schon von weitem als Neonazis erkennbare Männer angreifen würde.“

Abdurrahman E. hat den Angriff, bei dem die Neonazis minutenlang auf seinen am Boden liegenden Kopf eintraten, nur knapp überlebt. Der 36-Jährige und seine Lebensgefährtin leiden noch immer an den materiellen und immateriellen Folgen des Angriffs. Die Mobile Opferberatung hatte im Frühjahr 2014 mit einem Aufruf um Spenden zugunsten der Prozesskosten von Abdurrahman E. gebeten. Mittlerweile sind 2.551 Euro eingegangen. Gerade weil es so oft vor Gericht keine Gerechtigkeit für Opfer rechter Gewalt gibt, sind diese Spenden extrem wichtige Zeichen unmittelbarer Solidarität. Sie tragen dazu bei, dass Abdurrahman E. nun trotz der Entscheidung des BGH die Kraft finden kann, sich eine neue Existenz aufzubauen. ■

VOR ORT:

RASSISTISCHE MOBILISIERUNGEN IN SACHSEN-ANHALT

Selbst die offiziellen Zahlen sind beunruhigend: 202 Vorfälle vor bzw. im Umfeld von Flüchtlingsheimen hat das Bundeskriminalamt (BKA) im ersten Halbjahr 2015 registriert. In der Statistik finden sich Brandanschläge auf geplante Flüchtlingsunterkünfte, Körperverletzungen oder Propagandadelikte. Schon jetzt wird eines deutlich: Überall dort, wo seit den 1990er Jahren verfestigte neonazistische Strukturen existieren, werden jetzt in Sachsen-Anhalt besonders viele rassistisch motivierte Vorfälle bekannt.

GUT VERNETZTE KAMERADSCHAFTSSZENE UND „DER 3. WEG“

Ein Beispiel hierfür ist die Entwicklung in Tröglitz mit den verfestigten neonazistischen und NPD-Strukturen im Burgenlandkreis: Hier war der Brandanschlag Anfang Mai 2015 auf das Mehrfamilienhaus, das als Flüchtlingsunterkunft geplant war und in dem zum Zeitpunkt des Anschlags ein Ehepaar lebte, der Endpunkt einer strategisch inszenierten Eskalation der Bedrohung von Flüchtlingsunterstützer_innen wie dem zurückgetretenen Bürgermeister Markus Nieth, Aufmärschen und gezielten Neonazi-besuchen bei so genannten Bürgerversammlungen.

Gezielte Eskalationen durch die örtliche Neonazi-Kameradschaftsstruktur gibt es seit dem Sommer vergangenen Jahres auch in Halle. Hier ist die Kameradschaft „Brigade Halle“ auch in die überregionale Vernetzung rassistischer Mobilisierungen und Strukturen eingebunden, wie beispielsweise durch die Neonazi-Partei „Der 3. Weg“, die im Dezember 2014 ihre erste Veranstaltung in Sachsen-Anhalt nicht zufällig in Merseburg hatte – ebenfalls einem Schwerpunkt rassistischer Gewalt mit einer sehr aktiven Kameradschaft – und seitdem auch in der Region Bitterfeld-Anhalt präsent ist. Der „3. Weg“, ein Sammelbecken von Kadern aus verbotenen Neonazikameradschaften wie dem Freien Netz Süd aus Bayern, ist seit über einem Jahr auf Expansionskurs in Ostdeutschland. Die als Partei registrierte Neonazistruktur hat mit einem online-Leitfaden „Wie verhindere ich ein Asylantenheim“ detaillierte Anleitungen u.a. für den Aufbau von vermeintlichen „Bürgerinitiativen“ und Kampagnen gegen neue Unterkünfte zur Verfügung gestellt und vernetzt militante Neonazistrukturen bundesweit.

VIRTUELLE HETZE UND GEWALT VOR ORT

Auch in der Altmark und in Magdeburg wird deutlich, dass vielerorts Neonazis aus dem Kameradschaftsspektrum die örtlichen „Nein zum Heim“-Gruppen – sei es in sozialen Medien wie Facebook-Gruppen oder im kommunalen Raum wie bei Magida, dem örtlichen Ableger der Pegida-Bewegung – dominieren. In Gardelegen hetzt schon seit Januar 2014 eine Facebook-Gruppe „Nein zum Heim“ gegen die Unterbringung von Asylsuchenden in der Altmark. Im Mai 2015 eskalierte die Seite ihre Propaganda durch eine gezielte Falschmeldung: es habe eine „Wiederbelebung nach einem Messerangriff durch einen Ausländer“ am Himmelfahrtstag in Gardelegen gegeben. Trotz eines kurz danach erfolgten halbherzigen Dementis ist die Mobilisierung gegen die vermeintliche Bedrohungslage äußerst effektiv – mehr als 2000 Facebook-Nutzer_innen haben die Seite mit einem „gefällt mir“ versehen.

Auf die rassistische Hetze im virtuellen Raum folgte eine Zunahme von rassistisch motivierten Bedrohungen bis hin zu Gewalttaten. Aktivist_innen des Runden Tisches für Migration in Gardelegen sind Ziele von Einschüchterungsversuchen und Angriffen. Die Betreiberin einer Gaststätte, die sich für Flüchtlinge engagiert und neonazistische Symbole und Äußerungen in ihrem Lokal nicht dulden will, wurde ebenfalls massiv bedroht. In den allermeisten Fällen – wie beispielsweise bei den Brandstiftungen – ist es den Täter_innen jedoch bislang gelungen, sich der Strafverfolgung erfolgreich zu entziehen.

Und noch immer gilt: Durch politische Brandreden gegen Geflüchtete sehen sich neonazistische Brandstifter als Vollstrecker_innen eines vermeintlichen Volkswillens legitimiert. Josef Schuster, der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, kritisierte deshalb, Worte wie „Asylmissbrauch“ würden die Gefahr bergen, „eine Stimmung im Land zu fördern, die genau solche Auswüchse provozieren“ könne. ■

13. MAI

BITTERFELD-WOLFEN (ANHALT-BITTERFELD)

Zum zweiten Mal innerhalb einer Woche wird das Wahlkreisbüro der LINKEN zur Zielschreibe eines Angriffs. Unbekannte werfen kurz vor Mitternacht eine Gehweg-Platte und einen Gullydeckel durch das Fenster und versprühen Reizgas. Ein Mitarbeiter, der sich währenddessen in dem Büro aufhält, bleibt unverletzt.

14. MAI

MAGDEBURG

Am Himmelfahrtstag wird eine 49-jährige Frau gegen 21 Uhr in einer Straßenbahn von fünf augenscheinlich Rechten rassistisch beschimpft. Die Betroffene steigt daraufhin in einen anderen Waggon um. Als sie schließlich aussteigen will, versperrt die Gruppe ihr den Weg. Dann schlagen zwei der Unbekannten auf sie ein. Erst als die Bahn losfährt, lassen die Männer von ihr ab. Die Betroffene hat noch Monate später Schmerzen beim Gehen.

14. MAI

SANGERHAUSEN (MANSFELD-SÜDHARZ)

Am späten Abend wird ein 23-Jähriger aus Guinea-Bissau vor einer Berufsschule von Unbekannten beleidigt, geschlagen und getreten sowie seines T-Shirts und Unterhemds beraubt. Der Flüchtling muss stationär im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei stellt in Tatortnähe fünf Verdächtige zwischen 16 und 24 Jahren. Der Staatsschutz ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung und Raub.

14. MAI SEEBURG (MANSFELD- SÜDHARZ)

Vier Schwarze Deutsche sind gegen 23:30 Uhr am Nordufer des Süßen Sees unterwegs, als sie plötzlich aus einer Vierergruppe heraus rassistisch beleidigt, geschlagen und getreten werden. Bevor die Angreifer in einem Kleintransporter fliehen, entwendet einer der Unbekannten noch das Handy eines Betroffenen.

Die 20- bis 22-jährigen Betroffenen werden leicht verletzt und müssen ambulant behandelt werden. Der Polizei gelingt es kurz darauf, das Fluchtfahrzeug und die Angreifer zu ermitteln. Gegen die 34- bis 37-jährigen Tatverdächtigen, von denen drei bereits polizeibekannt sind, wird wegen gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung sowie Diebstahls ermittelt.

22. MAI HALLE (SAALE)

Vor einem Einkaufszentrum in Halle-Silberhöhe werden gegen 21 Uhr ein 59-jähriger Mann aus Rumänien und ein 40-Jähriger aus Moldawien von drei unbekanntem Männern geschlagen. Beide Betroffene erleiden Verletzungen im Kopf- bzw. Oberkörperbereich. Der ältere Mann muss stationär, der jüngere ambulant im Krankenhaus behandelt werden. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

„DIE SITUATION HAT SICH SPÜRBAR UND DRAMATISCH VERSCHLECHTERT.“

INTERVIEW MIT MOAWIA AL-HAMID, ERSTER VORSITZENDER UND IMAM DER ISLAMISCHEN GEMEINDE MAGDEBURG

Der heute 46-jährige Moawia Al-Hamid kam vor 19 Jahren als Student nach Deutschland und arbeitet mittlerweile u.a. als Dozent an der Universität Magdeburg. Seit 2004 ist er Vorsitzender der Islamischen Gemeinde in Magdeburg. Wir sprachen mit ihm über die Gemeinde, MAGIDA und die alltäglichen Schwierigkeiten, mit denen Migrant_innen und Flüchtlinge konfrontiert sind, die als Muslim_innen identifiziert werden.

Wie würden Sie das Ziel und das Anliegen der Gemeinde kurz zusammengefasst beschreiben?

Toleranz und Offenheit sind zentrale Werte für uns. Wir bieten einen Ort, an dem man immer praktische Hilfe findet: Unsere Gemeinde soll ein Zufluchtsort für alle sein, die Unterstützung brauchen. Ein wichtiges Anliegen ist uns auch der inter-religiöse Dialog. Deshalb treffen wir uns z.B. mit Vertreter_innen anderer Religionen regelmäßig zum gemeinsamen Gespräch.

Wie hat sich die Gemeinde seit ihrer Gründung vor über zehn Jahren verändert?

Ein Jahr nach der Gründung der Islamischen Gemeinde in 2001 sind wir in das von uns als Baracke bezeichnete Gebäude in der Weidlingstraße in die Altstadt gezogen. Dieser Ort und das gemeinsame Freitagsgebet sind ebenso wie unsere Bemühungen um Kontakte zu vielen anderen Vereinen und Gruppen in Magdeburg die Konstanten in unserer Arbeit – ebenso wie das offene Treffen am Samstag und eine Wochenendschule für Kinder, in der u.a. Arabisch unterrichtet wird. Hauptziel der Schule ist, dass die Kinder offen denken und die anderen Religionen kennenlernen.

Zu den Veränderungen gehört, dass wir zu Beginn etwa 30 Mitglieder hatten – heute dagegen sind es rund 600. Zur Wochenendschule kamen inzwischen 85 Kinder aus 22 verschiedenen Herkunftsländern. Für das nächste Schuljahr haben sich 150 Kinder angemeldet. In letzter Zeit stossen viele ausländische Studierende von der Universität Magdeburg und migrantische Familien aus Ost- und Südosteuropa neu dazu. Eine andere, immer größer werdende Gruppe sind die Flüchtlinge aus den Kriegsgebieten in Libyen, Syrien und Afghanistan. Deshalb bieten wir inzwischen zwei Mal in der Woche Deutschunterricht für unterschiedliche Sprachniveaus an.

Was bedeutet die steigende Zahl der Geflüchteten für die Arbeit der Gemeinde?

Wir gehen inzwischen regelmäßig in die Flüchtlingsunterkünfte, um Neuankömmlingen unsere Hilfe anzubieten. Manchmal werden wir sogar von

den Leiter_innen der Unterkünfte angerufen, beispielsweise, wenn Kinder ohne ihre Eltern ankommen, damit wir mit ihnen reden, sie beruhigen und schauen, wo wir helfen können. Wir unterstützen Flüchtlinge bei der Wohnungssuche, beim Ausfüllen von Anträgen oder begleiten sie zu Behörden, weil viele uns über negative Erfahrungen insbesondere mit der Ausländerbehörde berichtet haben.

Seit Anfang des Jahres organisiert der Magdeburger Ableger von PEGIDA – MAGIDA – regelmäßig islamfeindliche und rassistische Kundgebungen in unmittelbarer Nähe ihres Gemeindehauses. Welche Auswirkungen hat das?

Zunächst ganz grundsätzlich: Pegida und auch Magida haben einen falschen Titel gewählt. Gegen welche Islamisierung sind diese Leute? In Dresden oder hier in Magdeburg leben weniger als ein Prozent Muslime unter der Gesamtbevölkerung. Öffentlich sprechen sich Magida und Co, gegen Islamisten aus. Wenn das tatsächlich ihr Anliegen wäre, dann wären wir uns einig. Ausnahmslos jede und jeder in der Gemeinde ist gegen den Islamismus. Aber die Veranstalter der Magida-Kundgebungen laden Redner_innen ein, die allgemein gegen Ausländer sind und die keine Ahnung vom Islam haben. Sie verbreiten falsche Informationen und hetzen gegen Muslim_innen. Die sogenannten Mahnwachen von Magida am Alten Markt finden viel zu nah an unserem Gemeindezentrum statt. Das haben wir die Polizei auch mitgeteilt, damit sie Sicherungsmaßnahmen planen können.

Aber es gibt auch hier einen positiven Aspekt: Ich möchte die Gelegenheit nutzen, um mich bei den vielen Menschen zu bedanken, die sich Magida entgegenstellen. Sehr gefreut haben wir uns auch über die Aktion „Euer Lauf baut auf“. Dabei wurde Geld für uns gesammelt – für jeden Meter, den die Magida-Leute gelaufen sind. Dadurch kamen über 1.400 Euro zusammen. Mit dieser Aktion haben sich die Gegendemonstrant_innen mit unserer Gemeinde solidarisch erklärt.

Was hat sich durch die Magida-Aufmärsche konkret für ihre Gemeindemitglieder verändert?

Alle Muslim_innen hier haben schon lange eine gewisse Grundangst, die sich seit Magida allerdings sehr verstärkt hat und ein fester Bestandteil des Alltags der Menschen geworden ist. Beleidigungen und Diskriminierungen passieren ständig. Die Situation hat sich spürbar und dramatisch verschlechtert. Im Vergleich zum Herbst letzten Jahres haben sich die Angriffe auf uns verdoppelt. Es gehört zu unserem Alltag, in der Stadt beleidigt zu werden. Auch die Gewalttaten haben zugenommen. Eine Frau, die ihr Kind von der Schule abholen wollte, ist im März 2015 in der Weitlingsstraße richtig verprügelt worden. Keiner kam ihr zur Hilfe. Ein anderer Vorfall betraf eine Frau, die ihr Kleinkind auf dem Arm trug. Sie wollte gerade ein Geschäft in der Innenstadt betreten, als sie plötzlich einen Schlag von hinten in den Rücken bekam. Die Frau und das Kind sind daraufhin zu Boden gefallen. Auch bei diesem Angriff kam ihr niemand zu Hilfe. Ein anderes Mal wurde ein Schwarzer Muslim angegriffen, der sich auf dem Weg nach Magdeburg-Rothensee befand. An einem Montagabend im April 2015, als die Magida-Teilnehmer_innen auf dem

30. MAI BITTERFELD-WOLFEN (ANHALT-BITTERFELD)

Kurz vor Mitternacht stellt die Polizei bei einer Fahrzeugkontrolle vor dem Gelände des "AKW Bitterfeld" zwei Männer fest, die offensichtlich einen Brandanschlag auf das alternativen Wohn- und Kulturprojekt planten. In dem Auto ohne Kennzeichen finden die Beamten zwei Molotowcocktails und einen Baseballschläger. Die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen schwerer Brandstiftung und beantragt erfolgreich Untersuchungshaft für die beiden Tatverdächtigen im Alter von 26 und 30 Jahren, die u.a. wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen bzw. Körperverletzung einschlägig vorbestraft sind.

9. JUNI HALLE (SAALE)

Am frühen Abend kommt im Stadtteil Silberhöhe plötzlich ein 30-jähriger Rechter auf einen rumänischen Mann zu, der gerade vor seiner Wohnung geparkt hat und noch im Auto sitzt. Als der Betroffene die Aufforderung des Rechten ignoriert, aus dem Auto auszusteigen, schlägt der Mann mit einem Holzknüppel mit voller Wucht beide Autoaußenspiegel kaputt. Bevor der Angreifer den Tatort verlässt, beleidigt er noch die Ehefrau des Betroffenen. Zwei Wochen später lauert der Mann vor der Haustür der rumänischen Familie erneut auf.

17. JUNI NAUMBURG (BURGENLANDKREIS)

Drei 19-, 20- und 27-jährige Flüchtlinge aus Eritrea werden am frühen Abend vor einer Pizzeria von zwei Unbekannten rassistisch beleidigt und mit Bierflaschen beworfen. Der Polizei gelingt es, zwei alkoholisierte und einschlägig polizeibekannt Männer vorläufig festzunehmen. Gegen sie wird wegen Volksverhetzung, Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen und versuchter Körperverletzung ermittelt.

21. JUNI HALLE (SAALE)

Nachmittags wird ein 35-Jähriger von drei Unbekannten rassistisch beschimpft. Er ignoriert die Beleidigungen und geht in ein Haus. Als er kurze Zeit später wieder herauskommt, ist das Trio immer noch da und setzt seine Beschimpfungen fort. Dann attackiert einer der Männer den Betroffenen und schlägt ihm mit der Faust ins Gesicht.

Als ein Passant interveniert, flüchten die Angreifer. Der 36-Jährige wird leicht verletzt und muss ärztlich versorgt werden.

Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

30. JUNI HALLE (SAALE)

Ein 15-Jähriger wird gegen 17:15 Uhr auf dem Marktplatz von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und angegriffen.

Dann flüchtet der Angreifer. Der Betroffene, ein gebürtiger Vietnameser, muss ambulant behandelt werden.

Nachhauseweg waren, ist er von einer Gruppe beleidigt und geschlagen worden.

Das Freitagsgebet findet inzwischen unter Polizeischutz statt. Wie ist es dazu gekommen?

300 bis 400 Gläubige müssen zurzeit für das Freitagsgebet auf den Gärten ausweichen. Beim Gebet ist für uns Ruhe sehr wichtig. Leider ist es aber vorgekommen, dass uns Passanten gestört haben. Sie haben uns ausgelacht, beleidigt und als Terroristen beschimpft. Wir haben uns daraufhin ruhig verhalten und sind nicht auf die Provokationen eingegangen. Stattdessen haben wir die Polizei gerufen. Momentan stehen immer zwei Beamt_innen zu unserem Schutz vor Ort.

Sind Männer und Frauen gleichermaßen von rassistischen Diskriminierungen betroffen?

Nein, muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, werden viel öfter diskriminiert. Viele Frauen haben so große Angst, dass sie sich nicht mehr alleine in die Stadt trauen. Das ist nicht passend für eine demokratische Gesellschaft. Muslimische Frauen leiden aber auch stärker unter anderen Formen der Diskriminierung – etwa bei der Suche nach Arbeit oder einem Ausbildungsplatz.

Wie haben Sie darauf reagiert?

Die meisten Betroffenen wollen nicht zur Polizei gehen, obwohl ich dazu rate. Sie äußern die Sorge, dass sie nicht erst genommen würden. Aber viele haben schlechte Erfahrungen gemacht. Wir Muslim_innen in Magdeburg spüren die rassistische Stimmung von vielen Seiten. Sei es von Nachbar_innen, Beamt_innen oder Angestellten bei Behörden, wie beispielsweise der Ausländerbehörde. Diese Erfahrungen tragen mit dazu bei, dass die Menschen nicht zur Polizei gehen, um eine Anzeige zu erstatten. Ich gehe deshalb auch davon aus, dass die Verantwortlichen in der Stadt über diese Vorfälle nichts wissen. Dementsprechend besteht auch keinerlei Problembewusstsein, wie sehr wir darunter leiden.

Mitte April erfuhren Sie aus der Zeitung, dass die kommunale Wohnungsbaugesellschaft (Wobau) Magdeburg den Mietvertrag für die „Baracke“ nicht über den 31. Dezember 2015 verlängern wird. Wie ist der aktuelle Stand?

Die Information über die Kündigung kam für uns total überraschend. Wegen des Platzmangels hatten wir ohnehin schon seit einigen Jahren nach einem geeigneteren Gebäude gesucht – und dachten, dass die Stadt uns hier eigentlich nicht haben will. Das hat sich inzwischen verändert. Und deshalb versuche ich auch, die Vorgeschichte zu vergessen und mich jetzt auf die Gegenwart zu konzentrieren. Konkret sieht es inzwischen so aus, dass wir einen Vertrag mit der Wobau zum Kauf eines Objektes in Magdeburg unterschrieben haben. Die lange Geschichte der Suche hat also doch noch ein gutes Ende gefunden. Dafür danke ich der Wobau.

Was ist Ihrer Meinung nach notwendig, um die Stimmung in der Stadt zu verbessern?

Es ist wichtig, dass uns mehr Toleranz und Akzeptanz entgegen gebracht werden. Dabei haben wir in der letzten Zeit schon sehr gute Erfahrungen gemacht. Das zeigte sich etwas durch die Hilfe der großartigen Menschen, die uns bei der Suche nach einem geeigneten neuen Gebäude zur Seite standen. Mein Dank gilt auch dem Leiter des katholischen Büros Sachsen-Anhalt, Stephan Rether, der die Gespräche mit der Wobau begleitet hat. Dabei ist auch die Signalwirkung sehr wichtig. Wenn die Magdeburger_innen sehen, dass wir Unterstützung auch von politischer Seite bekommen, wird auch ihre Akzeptanz steigen. Alleine lässt sich wenig erreichen. Es ist eine gemeinsame Aufgabe von Bildungsinstitutionen, Politik und anderen Akteur_innen der Öffentlichkeit, den menschenverachtenden Einstellungen von Leuten, wie den Magida-Anhänger_innen öffentlich entgegen zu treten.

Was wünschen Sie sich für die Zukunft der Islamischen Gemeinde in Magdeburg?

Anerkennung und Zusammenarbeit! Wir sind dazu bereit und freuen uns sehr darauf, mit allen ins Gespräch zu kommen.

Vielen Dank für das Interview. ■

ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS

**EIN GASTBEITRAG VON PROF. IMAN ATTIA,
ALICE SALOMON HOCHSCHULE BERLIN**

Anfang der 1990er Jahre gab es erste qualitative Studien zum antiislamischen Alltagsdiskurs in der Bundesrepublik, der heute antimuslimisch genannt wird. Inzwischen liegen mehrere Studien vor, die sowohl auf der Befragung von Muslim_innen zu ihren Diskriminierungserfahrungen beruhen als auch auf der Befragung von sog. Mehrheitsangehörigen zu ihrer Einstellung gegenüber Muslim_innen und Islam.

Zusammengenommen geht aus den Studien hervor, dass Muslim_innen in allen Lebensbereichen diskriminiert werden; auf der Suche nach Wohnung oder Arbeit, im Bildungs- und Gesundheitswesen, in Behörden und Betrieben, in öffentlichen Verkehrsmitteln und im öffentlichen Raum, im Wohnumfeld und in der Familie, in Mainstream- und in Szene-Kontexten etc. Sie werden beschimpft, beleidigt, verdächtigt, belehrt, herabgesetzt, bevormundet, geschlagen, aus- und eingesperrt. Sie werden daran gehindert, gleichberechtigt am öffentlichen Leben teilzunehmen, es wird ihnen schwer gemacht, ihr Leben zu organisieren und sie werden mit stereotypen Vorstellungen über sich konfrontiert. Sie erfahren auf vielfältige Weisen, dass sie nicht hierher gehören und an einer Reihe von Missständen in Deutschland Schuld seien: An Gewalt an Schulen und schlechten PISA-Ergebnissen, an Gewalt gegen Frauen und Homosexuelle, an Antisemitismus und Terrorismus u.v.a.m.

30. JUNI HALLE (SAALE)

Erneut verfolgt ein 30-jähriger Rechte eine rumänische Familie, die er schon zwei Wochen vorher bedroht hatte. Als die Familie gegen 22 Uhr mit dem Auto zuhause ankommt, geht der mit einem Holzknüppel bewaffnete Mann auf das Fahrzeug zu. Während es der Frau und dem jüngeren Sohn gelingt, ins Haus zu rennen, bedroht der Rechte den noch im Auto sitzenden Familienvater und den zweiten Sohn mit dem Knüppel. Dann bewirft der Angreifer das Auto mit Eiern und kleinen Steinen. Als der Rechte bemerkt, wie der 38-Jährige die Polizei alarmiert, ruft er ebenfalls dort an. Gegenüber den Beamten behauptet er, er sei von dem Familienvater geschlagen worden.

11. JULI HALLE (SAALE)

Nach einer Neonazidemonstration im Stadtteil Silberhöhe wird ein Fotograf gegen 20 Uhr auf dem Nachhauseweg mit seinem Fahrrad von mehreren Demonstrationsteilnehmern aus einem Auto heraus beschimpft. Wenig später bemerkt er, dass mindestens zwei der Neonazis aus dem PKW aussteigen und auf ihn zulaufen. Durch schnelles Ausweichen auf den Fahrradweg der Gegenfahrbahn gelingt dem Fotografen die Flucht. Jetzt verfolgen die Neonazis ihn mit dem PKW und überholen ihn mit quietschenden Reifen. An der nächsten Kreuzung bittet der Fotograf einen Taxifahrer um Hilfe. Die Verfolger halten kurz, fahren aber weiter, als sie sehen, dass der Betroffene offenbar die Polizei alarmiert.

11. JULI KRUMPA (SAALEKREIS)

Ein Flüchtling aus Guinea-Bissau wird gegen 19:30 Uhr auf der Landstraße von Braunsbedra nach Krumpa aus einem entgegenkommenden Auto heraus mit einer Bierflasche beworfen und am Oberkörper getroffen. Der 23-Jährige war gerade mit dem Fahrrad auf dem Weg in die Flüchtlingsunterkunft. Die Polizei ermittelt wegen gefährlicher Körperverletzung.

18. JULI HALBERSTADT (HARZ)

In der Nacht zum Sonntag bewerfen Jugendliche ein Verpflegungszelt für Asylsuchende mit Steinen und skandieren mehrfach „Ausländer raus!“. Eine 20-jährige, freiwillige Helferin des Deutschen Roten Kreuzes wird von einem Stein ins Gesicht getroffen und leicht verletzt. Polizeibeamte können einen 15-Jährigen aus Halberstadt eindeutig als Werfer identifizieren. Fünf weitere Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren werden bei der Fahndung im Umkreis festgenommen. Gegen sie wird wegen Volksverhetzung und gefährlicher Körperverletzung ermittelt. Weil die Zentrale Anlaufstelle für Flüchtlinge in Halberstadt (ZAST) überfüllt ist, waren Asylsuchenden am Tag kurzfristig in einer Sporthalle untergebracht worden. In einem davor aufgestellten Zelt kümmern sich DRK-Mitarbeiter_innen um die Verpflegung.

MUSLIM_INNEN: EINE IMAGINIERTER GESCHLOSSENER GRUPPE

Diesen Äußerungen und Erfahrungen, aber auch solchen, die die herzliche Gastfreundlichkeit, verbindliche Familienbande und tiefe Religiosität herausstellen, liegt eine Vorstellung zu Grunde, die Muslim_innen als eine in sich geschlossene Gruppe imaginiert, die ganz anders als die eigene sei. Dabei werden auch Menschen als Muslim_innen angesprochen oder behandelt, die sich selbst nicht oder nicht in erster Linie als solche beschreiben, Verhaltensweisen werden als religiös-kulturelle interpretiert, die in anderen („eigenen“) Kontexten als gesellschaftliche gedeutet werden.

Die wahrgenommene Distanz zwischen Menschen, die als Muslim_innen markiert werden und solchen, die der Mehrheitsbevölkerung angehören, wird häufig damit erklärt, dass der Islam nicht nur als Religion, sondern auch als Kultur nicht zu dem passe, was hier üblich sei (christliche Leitkultur). Demgegenüber betonen andere, der Islam gehöre zwar nicht hierher, wohl aber Muslim_innen, die die Aufgabe hätten, den Islam an europäische Gepflogenheiten anzupassen (Euro-Islam). Andere Stimmen meinen, die Kritik richte sich gegen den Islam als Religion, deren Anhänger_innen ähnlich wie Christ_innen lernen müssten, damit umzugehen und sich danach zu richten, dass Deutschland eine säkulare Gesellschaft sei (Religionskritik).

Den ersten drei Situationsbeschreibungen, Interpretationen und Erklärungen des Phänomens ist gemeinsam, dass sie von der bedeutenden und herausragenden Rolle von Religion für Menschen, die als Muslim_innen wahrgenommen werden, ausgehen. Während sie den Islam und das Muslimsein betonen, hält die vierte Position (Kapitalismus- bzw. Neoliberalismuskritik) diese Fixierung für irreführend, das eigentliche Problem liege woanders und habe mit Religion nichts zu tun.

In einer qualitativen Befragung weißer, deutscher, christlich-sozialisierter junger Erwachsener, die Anfang der 1990er Jahre erhoben wurde, wurden die Äußerungen zu Islam und Muslim_innen als rassistisch gedeutet. Rassismus wurde definiert als gesellschaftliches Verhältnis, das strukturell bedeutsam, diskursiv hervorgebracht und institutionell verankert ist. In Otheringprozessen werden Gruppen als solche konstruiert, indem sie homogenisiert, essentialisiert und dichotomisiert werden. Diskursiv werden Wissensbestände hervorgebracht, die den Effekt haben, eine Gruppe zu konstruieren, die über spezifische Merkmale verfüge, die sie von anderen unterscheidet (z.B. „Muslime“). Dies geschieht, indem auf historisch tradierte kulturelle Repräsentationen Bezug genommen wird und die wiederholt, aktualisiert und umgeformt werden (Performativität). Sie werden mit weiteren Otheringprozessen (etwa zu „Frauen“, „Unterschicht“ oder „Migranten“) verwoben (Intersektion, Interdependenz) und finden Eingang in formalisierte Abläufe und organisatorische Routinen (Institutionalisierung). Aus der Machtposition heraus haben spezifische, historisch-gesellschaftliche (also konstruierte) Gruppen die Möglichkeit, ihre Deutungen durchzusetzen, während andere verändert und diskriminiert werden.

Es zeigte sich im Verlauf der Interviews, wie die Befragten ihre Erfahrungen in die Diskurse einwebten, wie die Erfahrungen vor dem Hintergrund der Diskurse interpretiert wurden und damit zur Bestätigung und Aktualisierung der Diskurse beitrugen. Es zeigte sich auch, wie unterschiedliche Diskurse miteinander verflochten sind, wie der Islamdiskurs mit dem Geschlechterdiskurs verwoben ist und die eigene Positionierung als säkular oder gar atheistisch in eine christliche übergeht, sobald sie mit „dem Islam“ kontrastiert wird und beide Religionen kulturalisiert werden. In der Deutungsarbeit der Befragten im Interview wurden sowohl die Otheringprozesse sichtbar gemacht als auch die Machtposition, aus der heraus sie argumentierten und die sie zu legitimieren und zu festigen suchten. Es konnte gezeigt werden, dass etwa der Diskursstrang „Kopftuch“ auf eine lange Geschichte zurückgreift (orientalistischer Diskurs über Haremschleier, kolonialistische Diskurse über die Entschleierung der maghrebinischen Frauen), zur institutionellen Diskriminierung führen kann (faktisches Berufsverbot für Kopftuch tragende Frauen durch entsprechende Gerichtsurteile sowie Neutralitätsgesetze) und als kulturelles Symbol für den Emanzipationsgrad von Frauen herangezogen wird.

DIE MEHRHEITSGESELLSCHAFT ALS TEIL DES PROBLEMS

Die Verwobenheit der unterschiedlichen Ebenen, das Geflecht an Äußerungen, kulturellen Repräsentationen, Gesetzen und Regelungen etc. verdichtet sich zu einem Dispositiv. Darin spielen verschiedene Faktoren und Aspekte eine Rolle, die in eindimensionalen Erklärungsversuchen teilweise benannt werden, in der Regel aber mit einem Kriterium alles zu erklären versuchen. Religion, Kultur, Klasse, Geschlecht, Nation, Ethnie, Rasse werden hier dagegen in einer spezifischen Weise aufeinander bezogen. Die Analyse der Beziehung dieser (und weiterer) Dimensionen auf den unterschiedlichen Ebenen (strukturell, institutionell, diskursiv, subjektiv) eröffnet eine Sichtweise, die weder die Äußerungen Einzelner individualisiert (Einstellungs- und Vorurteilsforschung) noch die Handlungen von Gruppen kulturalisiert (Leitkultur). Aus dieser Forschungsperspektive werden Bildungsdefizite, Kriminalität, Armut, Gewalt, aber auch Zusammenhalt, Körperbezogenheit, Zufriedenheit usw. nicht als (national-) kulturell-religiöse Merkmale, sondern als gesellschaftliche analysiert.

Muslim_innen sind in ihrem Verhältnis zur und ihrer Position in der Gesellschaft und damit auch in der Relation zu den „anderen“, „eigentlichen“ Gesellschaftsmitgliedern zu verorten. Das Reden über „Anderer“ beinhaltet immer auch ein Reden über „sich selbst“, die Handlungsmöglichkeiten der „Anderen“ stehen mit den „eigenen“ in enger Beziehung, die Armut der Einen mit dem Reichtum der Anderen usw. Im antimuslimischen Rassismus werden diesem Verständnis folgend Muslim_innen zur Sicherung von Privilegien ebenso benötigt wie zur Revitalisierung einer nationalen Identität. Im rassismuskritischen Modell wird die moderne Gesellschaft selbst also als Teil des Problems analysiert. ■

Die Langfassung des Artikels von Prof. Attia ist unter dem Titel „Eine vergleichende Einführung: Antimuslimischer Rassismus und Islamphobie bzw. Islamfeindlichkeit“ unter <http://www.migazin.de/2014/10/27/antimuslimischer-rassismus-und-islamophobie-nachlesbar>.

Zwei Tage später werfen Unbekannte gegen 21:15 Uhr Böller in Richtung der Sporthalle. Eine Dreiviertelstunde später werden drei Halberstädter im Alter von 19 bis 23 Jahren festgestellt, die sich in der Nähe der Turnhalle mit Steinen bewaffnet hatten. Bei ihrer Durchsuchung finden Polizeibeamte Aufkleber und Plakate der Partei „Die Rechte“ und zwei Softairwaffen. Das Trio kommt bis zum nächsten Morgen in Unterbindungsgewahrsam.

19. JULI GEUSA (SAALEKREIS)

Zwei Unbekannte beschimpfen gegen 1 Uhr nachts einen 29-Jährigen u.a. als „Scheiß Zecke“. Dann wird er verfolgt und so massiv geschlagen und getreten, dass er zu Boden geht und ohnmächtig wird. Schließlich zieht einer der Männer den Bewusstlosen hoch, sodass der andere ihm nochmals mit Wucht gegen den Kopf treten kann. Der Betroffene wird u.a. mit blutender Kopfverletzung, zugeschwellenem Auge, Jochbeinbeinprellung und diversen Schürfwunden ins Krankenhaus gebracht. Dem Angriff vorausgegangen war eine verbale Auseinandersetzung, weil der 29-Jährige beobachtet hatte, wie die Unbekannten einen Verkehrsspiegel herunterreißen wollten und sie aufgefordert hatte, das zu lassen.

Auf der website www.mobileopferberatung.de finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

LESETIPP: BROSCHÜREN ZU ANTI-MUSLIMISCHEM RASSISMUS

In der zweisprachigen Broschüre „Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden. Antimuslimischer Rassismus – Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Menschen mit arabischer Herkunft“ kommen die Betroffenen ausführlich zu Wort. Zehn in Berlin lebende Frauen und Männer berichten von ihren alltäglichen diskriminierenden Erfahrungen als Muslim_innen in Deutschland. Bei den Betroffenen lösen die Beleidigungen bis hin zu offener Diskriminierung und Gewalt oft Scham- und Ohnmachtsgefühle aus. Nur wenige finden die Kraft und den Mut, über ihre Erfahrungen zu sprechen – auch aus Angst, dass sich ihre Situation noch weiter verschlechtern könnte. Die Berliner Beratungsstelle Reach Out, die die Broschüre in Deutsch und Arabisch herausgegeben hat, möchte mit der Publikation Betroffene von antimuslimisch motiviertem Rassismus ermutigen, Diskriminierungen öffentlich zu machen sowie Unterstützung und Verbündete zu suchen. Die Ende 2012 erschienene Broschüre kann kostenlos bei ReachOut – Opferberatung und Bildung gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Oranienstraße 159, 10969 Berlin bestellt oder unter www.reachoutberlin.de als pdf heruntergeladen werden.

Ich möchte wie ein Mensch behandelt werden

Antimuslimischer Rassismus – Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen von Menschen arabischer Herkunft



„Antimuslimischer Rassismus und rechtspopulistische Organisationen“ heißt die Handreichung von apabiz e.V. und Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus (MBR) in Berlin. Die Texte geben einen guten Überblick über die bundesweiten, rechtspopulistischen Strukturen, die antimuslimischen Rassismus kampagnenfähig gemacht haben und stellen unterschiedliche Handlungsoptionen in kommunalen Kontexten vor. Auch diese Broschüre (2., aktualisierte Auflage, 2011) steht unter www.apabiz.de oder www.mbr-berlin.de zum Download zur Verfügung.



FILMTIPP: „ANGST HABE ICH KEINE“

Ein Filmportrait mit und über die ugandische Oppositionelle Regina Kiwanuka, die seit mehr als zehn Jahren um ein Bleiberecht in Deutschland kämpft. Trotz aller Widerstände und der ständigen Drohung einer Abschiebung nach Uganda, wo ihr Vater, der erste demokratische Premierminister ermordet und sie selbst als „Terroristin“ verfolgt wurde, engagiert sie sich für die Rechte von Geflüchteten, gegen racial profiling und den Missbrauch von Flüchtlingsfrauen in einigen Unterkünften. Regina Kiwanuka spricht im Film über biographische Erfahrungen, die Angst bei der Verlängerung der Duldung und die permanente Unsicherheit, die „geduldete“ Flüchtlinge begleitet. Eine DVD mit der Dokumentation von Veronika Dimke, D 2009, 50 Minuten, Deutsch und Englisch mit Untertiteln in D/EN/FRZ kann bei der Filmemacherin per Email unter veronika.dimke@web.de bestellt werden.

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt

- ▶ Wir unterstützen Betroffene nach einem rassistischen, rechten oder antisemitischen Angriff.
- ▶ Wir sind unabhängig und parteilich.
- ▶ Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Betroffene rechter Gewalt sowie Freund_innen, Angehörige und Zeug_innen.
- ▶ Wir intervenieren, wenn sich Betroffene rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

SALZWEDEL

Chüdenstr. 4
29410 Salzwedel
Tel.: (03901) 30 64 31
mobil: (0170) 2 90 41 12
oder (0175) 6 63 87 10
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

MAGDEBURG

Erich-Weinert-Str. 30
39104 Magdeburg
Tel.: (0391) 5 44 67 10
mobil: (0170) 2 94 83 52
oder (0170) 2 92 53 61
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

HALLE

Platanenstr. 9
06114 Halle
Tel.: (0345) 2 26 71 00
mobil: (0170) 2 94 84 13,
(0151) 53 31 88 24 oder (0175) 1 62 27 12
opferberatung.sued@miteinander-ev.de